

Argumente zur Atomenergie V: Kosten

Stand März 2009

* Atomenergie kostet den Steuerzahler Milliarden

Immer wieder stützen die Atombefürworter ihre Forderung auf Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken (AKW) mit dem Argument, die Atomenergie sei günstig. Verschwiegen werden aber die unvorstellbar hohen Subventionen, die in die Atomkraft geflossen sind. Die Bürger profitieren allerdings nicht von den niedrigen Erzeugungskosten.

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt der Behauptung der Atomlobby folgende Argumente entgegen:

Ohne staatliche Förderung keine Atomenergie

Die Atomindustrie wurde staatlich aufgebaut und konnte nur durch Milliarden-Subventionen entstehen. Zudem wurde sie mit günstigen Krediten versorgt.

Die Stromkonzerne waren zunächst nicht an der Atomenergie interessiert und ließen sich den Einstieg in die neue Technologie vom Steuerzahler bezahlen. Die Atomenergie wurde je nach Schätzung mit 45 bis 100 Milliarden Euro Steuergeld gefördert.

Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) sind von 1956 bis 2007 preisbereinigt rund 40 Milliarden Euro als Bundesförderung in die Forschung und Entwicklung der Atomenergie geflossen. Hinzu kommen Ausgaben der Bundesländer und der EU.

Während für die kerntechnische Forschung und Entwicklung von 1974 bis 2007 allein der Bund preisbereinigt 24 Milliarden Euro ausgegeben hat, wurde die Forschung für Erneuerbare Energien und rationelle Energieverwendung im gleichen Zeitraum nur mit 6 Milliarden Euro gefördert.

Bund und Länder haben 2006 für die Atomenergie zusammengekommen 900 Millionen Euro aufgebracht. Für die Erneuerbaren Energien wurden 2006 nur 360 Millionen Euro aufgewandt.

Der öffentliche Finanzierungsanteil an gescheiterten Projekten liegt bei ca. 9 Milliarden Euro, z. B.:

- Thorium-Hochtemperaturreaktor (THTR-300) von Hamm-Uentrop: 1,78 Milliarden Euro (bis einschließlich 2007)
- Schneller Natriumgekühlter Reaktor SNR-300 („Schneller Brüter“) von Kalkar: Die Errichtung des nach 19 Baujahren aufgegebenen Brüters kostete 3,6 Milliarden Euro (davon Bund: 2,2 Milliarden Euro), das 25-fache der ursprünglich veranschlagten Summe. Rechnet man die Entwicklungskosten hinzu, verdoppeln sich die Kosten nahezu.

Nichtbesteuerung und geringe Haftung

Nichtbesteuerung von Kernbrennstoffen: 1,63 Milliarden Euro weniger Einnahmen im Jahr 2005, wenn man eine Besteuerung von 1 Cent/kWh ansetzt.

Nichtbesteuerung von Rückstellungen:

- Dieses Steuerprivileg beläuft sich laut DIW auf mindestens 175 Millionen Euro im Jahr.
- Die beliebig verwendbaren steuerfreien Rückstellungen in Höhe von derzeit rund 26 Milliarden Euro stellen ein jahrzehntelanges zinsloses Darlehen für die AKW-Betreiber dar, welches z. B. für die Übernahme von Wettbewerbern eingesetzt wird. Dies verstärkt den ohnehin bestehenden Konzentrationsprozess in der Stromwirtschaft, welcher u. a. ein Grund für die enormen Strompreissteigerungen ist.

- Es ist nicht auszuschließen, dass das zurückgestellte Geld durch Kurs- oder Konkursrisiken zum Zeitpunkt der Inanspruchnahme nicht mehr zur Verfügung steht und gegebenenfalls die öffentliche Hand die Kosten für Rückbau und Endlagerung tragen muss.

Durch die gesetzlich festgelegte niedrige Deckungsvorsorge der AKW-Betreiber pro Schadensfall (nicht pro Reaktor!) von 2,5 Milliarden Euro werden diese von den wirklichen Haftungsrisiken quasi freigestellt. Das Restrisiko liegt beim Steuerzahler. Eine alle Risiken abdeckende Haftpflicht würde zur Unwirtschaftlichkeit der Atomkraftwerke führen.

Folgekosten für die öffentliche Hand

Die öffentliche Hand bleibt auf einem großen Teil der nicht abschätzbaren Folgekosten der Atomenergie sitzen. Typisches Beispiel hierfür ist die Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe (WAK): In den Verträgen zur Stilllegung der WAK wurden 1991 die dafür notwendigen Kosten auf 1 Milliarde Euro geschätzt. Die Atomindustrie verpflichtete sich, davon 511 Millionen Euro als Festbetrag zu übernehmen. Den Restbetrag und alle Kostensteigerungen muss der Steuerzahler alleine tragen. Diese Mehrkosten betragen bisher ca. 1 Milliarde Euro.

Castortransporte: Die deutsche Atomwirtschaft wird nicht an den Einsatzkosten der Polizei oder anderer Hilfsorganisationen beteiligt. Allein dem Land Niedersachsen sind durch die Transporte laut Landesrechnungshof zwischen 1996 und 2004 Kosten von 218 Millionen Euro entstanden. Insgesamt erwarten den Steuerzahler Kosten in Milliardenhöhe.

Endlager:

- Endlagerforschung des BMBF und des BMWi: 608 Millionen Euro (von 1973 bis 2005).
- „Asse II“: 850 Millionen Euro (bis zum Jahr 2017 vorgesehen).
- „Schacht Konrad“: ca. 1,8 Milliarden Euro bis zur Inbetriebnahme (davon öffentliche Hand: 33,6 Prozent).
- Gorleben: 1,5 Milliarden Euro (von 1977 bis 2007, davon öffentliche Hand: 11,52 Prozent).
- Freiwillige Ausgleichszahlungen des Bundes an Niedersachsen für die mit den Entsorgungsanlagen verbundenen Lasten: 210 Millionen Euro (1979-1992).

Hinterlassenschaften der DDR

- Sanierung der Wismut-Uranabbaugebiete in Sachsen und Thüringen: 6,4 Milliarden Euro.
- Stilllegung Endlager Morsleben: ca. 2,2 Milliarden Euro.
- Rückbau AKW Greifswald und AKW Rheinsberg: ca. 3,2 Milliarden Euro.

Internationale Verpflichtungen und Vorfälle

Deutscher IAEO (Internationale Atomenergieorganisation)-Mitgliedsbeitrag 1957-2008: 665 Millionen Euro.

Deutscher Anteil an EURATOM 2008: 73 Millionen Euro.

Kosten (Bund) nach dem GAU von Tschernobyl:

- Sanierung der Stahl- und Betonummantelung um den Reaktorblock: mind. 87,5 Millionen Euro.
- Hilfe für heimische Landwirtschaft wegen unmittelbarer Folgen des Unfalls: 238 Millionen Euro.

Wer profitiert vom „günstigen“ Atomstrom?

In Baden-Württemberg, dem Bundesland mit dem höchsten Atomstromanteil (ca. 55 Prozent), liegt der Strompreis nicht niedriger als im Bundesdurchschnitt.

Obwohl Deutschlands größter AKW-Betreiber e.on 2007 einen Überschuss von 5,1 Milliarden Euro erzielt hat, erhöhte das Unternehmen die Strompreise zum 1.1.2008 um bis zu 10 Prozent.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion möchte die Stromverbraucher entlasten, indem sie die AKW-Laufzeiten um mindestens 15 Jahre verlängert. Die vier großen Energiekonzerne sollen im Gegenzug 40 der auf 75 bis 90 Milliarden Euro geschätzten Zusatzgewinne in einen Fonds zur Entlastung der Stromkunden einzahlen. Nur haben weder die Kraftwerksbetreiber diesem Vorgehen zugestimmt, noch dürfte das Aktienrecht einen freiwilligen Gewinnverzicht zulassen. Selbst wenn sich die Träume der Union von den selbstlosen Energieunternehmen tatsächlich erfüllen sollten, entspräche die durchschnittliche Kostensenkung für einen Haushalt nach Angaben der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) ca. 8,75 Euro pro Jahr. Dies liegt selbst unter der jährlichen Einsparung, die man mit dem Einsatz einer einzigen Energiesparlampe erreichen kann (zwischen 10,80 Euro und 14,40 Euro).

Atomstrom ist nicht günstig

Die Steuerzahler unterstützen die Atomenergie mit einer zweistelligen Milliardensumme. Von den günstigen Erzeugungskosten profitieren nur die Energieunternehmen, nicht die Bürger. Während das Auslaufmodell Atomenergie selbst von Befürwortern, u.a. aus Union und FDP, nur als eine Übergangstechnologie angesehen wird, lohnen sich dagegen Investitionen in Zukunftstechnologien wie die Erneuerbaren Energien viel mehr. Denn mit ihnen kann jahrhundertlang Energie gewonnen werden und die Erzeugungskosten werden immer günstiger. Deshalb hält die SPD-Bundestagsfraktion am Atomausstieg fest und setzt auf Energieeffizienz und erneuerbare Energieträger!

Mehr Informationen erhalten Sie unter:

www.spdfraktion.de/umwelt/atomenergie